



Presseinformation

Nr. 110/2010 Kiel, 17. September 2010

Redebeitrag - Es gilt das gesprochene Wort!

Wirtschaftsbüro Gaarden

Helmut Landsiedel
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke
stv. Fraktionsvorsitzende

Silke Jürgensen
stv. Fraktionsvorsitzende

Wolf-Dietmar Brandtner
Ratsherr

Zustimmung mit Bedenken

In der gestrigen Sitzung der Ratsversammlung sagte der Vorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Ratsfraktion, Helmut Landsiedel, in der Debatte um das „Wirtschaftsbüro Gaarden“ (TOP 28):

„Mit dem Wirtschaftsbüro Gaarden setzt sich die Verwaltung das Ziel, die, wie es heißt, „vor langer Zeit begonnene Abwärtsspirale in der lokalen Ökonomie in Gaarden zu stoppen“.

Angesichts der bekannten Sozialraumdaten und der Wirtschaftsstruktur des Stadtteils ist dies ein grundsätzlich begrüßenswerter Ansatz – die Frage stellt sich nur, ob das verfolgte Ziel mit dem richtigen Instrumentarium erreicht werden soll.

Da ist zunächst einmal die Frage aufzuwerfen, ob das Ziel nicht auch mit vorhandenen Institutionen – ich denke hier zuallererst die KiWi – erreicht werden könnte. In der Verwaltungsvorlage heißt es hierzu, dass das von der KiWi angebotene „reine Leerstandsmanagement“ nicht ausreiche und die notwendigen „milieuspezifischen Kenntnisse“ und „sprachlichen Kompetenzen“ über den Auftrag der KiWi hinausgehen würden.

Angesichts dieser Aussage muss die Frage aufgeworfen werden, ob nicht die Angebotsstruktur der Kieler Wirtschaftsförderungsgesellschaft einer grundlegenden Überarbeitung bedarf.

Aber selbst dann, wenn man nun an dieser Stelle zu der Erkenntnis käme, dass die KiWi tatsächlich überfordert ist, einen entscheidenden Beitrag dazu zu leisten, die „Abwärtsspirale in der lokalen Ökonomie in Gaarden zu stoppen“, dann ergibt sich schon die nächste, nämlich ordnungspolitische Frage:

Warum muss die Stadt ein Wirtschaftsbüro einrichten und wäre es nicht alternativ möglich, die Leistungen, die das Büro erbringen soll, im Wege der Ausschreibung von den Freien Berufen des privaten Sektors und damit möglicherweise auch kostengünstiger erbringen zu lassen?

Der Verwaltungsvorlage habe ich nicht wirklich entnehmen können, ob die Möglichkeit einer privatwirtschaftlichen Leistungserbringung überhaupt in Erwägung gezogen, geschweige denn auch kalkulatorisch geprüft worden ist. Aber gerade eine solche Prüfung wäre angesichts der desolaten Haushaltssituation notwendiger denn je.

Vor dem Hintergrund des Gesagten und auch angesichts der avisierten städtischen Finanzierung durch Minderausgaben bei den sozialen Transferleistungen, die sehr nach „kreativer Buchführung“ aussieht, wird die FDP-Ratsfraktion der Verwaltungsvorlage nur deshalb zustimmen, weil sie den dringenden Handlungsbedarf in diesem Stadtteil sieht.“

V. i. S. d. P.

Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer